

Zur Zwischenbilanz der Post-Taliban-Ära

ein Konflikt-*Mapping* zum Friedensprozeß

Conrad Schetter

Anderthalb Jahre nach dem Zusammenbruch des Taliban-Regimes und der Etablierung einer Übergangsregierung halten sich Ernüchterung und Hoffnungen über die Zukunft Afghanistans die Waage. Auf der einen Seite vermochte es die afghanische Regierung, sich in Kabul zu etablieren, und verdeutlicht die Anwesenheit von über 1.100 afghanischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NRO) den ernsthaften Willen der internationalen Gemeinschaft, den Wiederaufbau Afghanistans voranzutreiben. Auf der anderen Seite finden nach wie vor Kämpfe im ganzen Land statt und droht Afghanistan, im Chaos zu versinken.

Die Lage in Afghanistan erscheint äußerst unübersichtlich, da sich verschiedene Konflikte überlagern, die den Friedensprozeß im Land gefährden. Diese ohnehin äußerst angespannte Situation wird durch die schlechten sozioökonomischen Rahmenbedingungen verschärft: Der permanente Kriegszustand bedingte die völlige Verwüstung der Infrastruktur des gesamten Landes. Erblasten des Krieges sind schätzungsweise 1,5 Millionen Todesopfer, über zehn Millionen Anti-Personen-Minen, eine Analphabetenrate von über 60 Prozent und die Flucht von zeitweise bis zu 6,5 Millionen Menschen nach Pakistan und Iran.

Warlordism und Gewaltwirtschaft

Im ersten Jahr nach dem Sturz der Taliban avancierten das völlige Fehlen von physischer Sicherheit und die Dominanz sogenannter *Warlords* zu den wesentlichen Problemen des Wiederaufbaus Afghanistans. Wenngleich längst nicht alle dieser *Warlords* tatsächlich vom Krieg leben, so sind sie dennoch auf ihre autonome Stellung bedacht und versuchen, sich jeder externen Einflußnahme zu entziehen. Die afghanische Regierung bildet daher eine

Enklave in einem Land, das von unzähligen autonomen Herrschern regiert wird. Grundlage der Herrschaft dieser *Warlords* ist die Privatisierung von Gewalt. Bereits seit Beginn des Afghanistankriegs, in den frühen 1980er Jahren, basierte die Macht der afghanischen Regierung wie auch des Widerstands der *Mujahedin* auf der erkaufte Loyalität autonomer Milizen. Diese Allianzen waren äußerst brüchig, so daß viele Milizen des öfteren die Seiten wechselten. Die Milizen kontrollierten in der Regel das Territorium eines Dorfes, Tals oder Stammes und erhoben zusätzlich zu den Geldern, die sie von der Regierung oder dem Widerstand erhielten, an ihren *Checkpoints* von Durchreisenden Wegezoll. Bis heute stellen diese Einnahmen wichtige Finanzquelle dieser Milizen dar.

Das Fehlen einer staatlichen Ordnung, was besonders in den 1990er Jahren offensichtlich wurde, bedingte zudem die Entstehung einer umfassenden Gewaltwirtschaft. So entwickelte sich Afghanistan zum global wichtigsten Produzenten von Drogen. Nach einer jüngsten Veröffentlichung der Vereinten Nationen kommen gegenwärtig drei Viertel des weltweiten Heroins aus Afghanistan. Auch stieg Afghanistan mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zum Drehkreuz eines internationalen Schmuggels und Handels zwischen der Freihandelszone Dubai, Pa-

kistan, Iran und den mittelasiatischen Republiken auf. Ismail Khan, der unangefochtene Herrscher über die westafghanische Provinz Herat, soll gegenwärtig monatlich 20 Millionen US-Dollar allein aus Zolleinnahmen an den Grenzposten zu Iran und Turkmenistan einnehmen. Weitere wichtige Einnahmequellen sind Menschenhandel und der Raubbau an natürlichen Ressourcen (vor allem Holz und Edelsteine). Schließlich ist zu erwähnen, daß viele dieser Provinzfürsten militärische und finanzielle Hilfe aus Pakistan, Iran, Rußland und Usbekistan erhalten, um deren Interessen in Afghanistan zu vertreten. Auch die USA unterstützten viele dieser *Warlords*, indem sie deren Milizen ausrüsteten und im Kampf gegen *al-Qaida* und Taliban einsetzten. Wie diese vielschichtigen Einnahmequellen zeugen, ist die Gewaltökonomie und das Kriegsfürstentum in Afghanistan eng miteinander verwoben. Aufgrund des ungebremsen Machtwillens sowie der Sorge um das eigene Überleben zeigte sich bislang auch keiner der *Warlords* bereit, die eigene Macht zugunsten des Aufbaus eines anonymen Staats abzugeben oder einzuschränken. Kooperationen mit der Zentralregierung sind daher oftmals nicht mehr als Lippenbekenntnisse, denen keine Taten folgen. Ob Ismail Khan, Rashid Dostum und andere Regionalfürsten das

Versprechen, das sie Ende Mai gaben, einlösen und zukünftig die eingenommenen Steuern an die Zentral abführen, bleibt abzuwarten.

Das Fehlen eines staatlichen Gewaltmonopols sowie die Dominanz der Gewaltökonomie bedingen zudem, daß es in fast jeder Provinz immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen *Warlords* um die Kontrolle von Überlandstraßen, Heroinfelder, Wasserrechten, Bergbauminen etc. kommt und Überfälle an der Tagesordnung sind. So bekämpfen sich die Milizen von Rashid Dostum und Mohammed Atta in Nordafghanistan seit anderthalb Jahren permanent, und lieferten sich in Westafghanistan Ismail Khan und Amanullah Khan Ende November schwere Gefechte. In der Provinz Paktia bekämpfte Bacha Khan Zadran, den die USA im Kampf gegen den Terrorismus hochgerüstet hatten, im vergangenen Sommer den dortigen Gouverneur Hakim Taniwal, bis die US-Luftwaffe eingriff und Bacha Khan vertrieb. Aufgrund der geballten Macht dieser

Gewaltstrukturen versagten bisher sämtliche Ansätze der internationalen Gemeinschaft, ein Gewaltmonopol durch den Aufbau einer staatlichen Armee und eine Demobilisierung der Milizen zu erreichen. Auch für die Bekämpfung des Drogenanbaus fehlt es bislang an Strategien. So scheiterten mehrere Versuche der internationalen Gemeinschaft, den Mohnanbau einzudämmen. Einen neuen Ansatz, um die Kriegsfürsten zu kontrollieren, legten im letzten Herbst die USA vor. Demnach soll Afghanistan in acht Regionen aufgeteilt werden, in denen jeweils ein *Provincial Reconstruction Team* (PRT) mit den lokalen Machthabern eng zusammenarbeiten soll. Jede PRT soll sich aus ungefähr 50 bis 100 militärischen und politischen Experten zusammensetzen. Wie problematisch die Einrichtung dieser PRTs ist, wird daran ersichtlich, daß sich die *Warlords* gegen die Einsetzung der PRTs wehren und erst - weit hinter dem Fahrplan hinterherhinkend - vier dieser Einheiten, in Gardez, Bamjan, Kunduz und Mazar-i Sharif eingerichtet wurden.

Doch verdeutlicht etwa die Präsenz der PRTs in Gardez und Mazar-i Sharif, daß diese nur punktuell Sicherheit gewährleisten können, aber die gesamte Region nach wie vor von Gewalttätigkeiten erschüttert wird. Zudem äußern lokale Hilfsorganisationen Befürchtungen, daß die starke militärische Ausrichtung der PRTs die gesamte Wiederaufbauarbeit negativ beeinflussen könnte. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich bislang noch nicht entschieden, wo und in welcher Form sie sich an den PRTs beteiligen will. Als wahrscheinlich gilt, daß eine PRT unter deutscher Leitung in Charikhar nördlich von Kabul eingerichtet wird; auch Ghazni und Kunduz sind im Gespräch. Dagegen nahm Berlin davon Abstand, in Herat - dem Machtbereich von Ismail Khan - eine PRT einzurichten.

Fragile Regierung

Die Dominanz des Kriegsfürstentums in den Provinzen beschneidet auch direkt



Oktober 2001: Antiamerikanische Protestkundgebung gegen die Bombardements in Afghanistan (Foto: Wolf Böwig)

die Autorität der Übergangsregierung, deren Aktionsradius kaum über die Stadtgrenze Kabuls hinaus reicht. Allein die Präsenz der knapp 5.000 Mann starken *International Security Force for Afghanistan* (ISAF) konnte bislang dafür sorgen, daß Kabul noch nicht zum Schauplatz gewaltsamer Kämpfe zwischen rivalisierenden *Warlords* geworden ist.

Die Übergangsregierung wurde auf der Petersberger Konferenz (27. November bis 5. Dezember 2001) ins Leben gerufen und nahm am 22. Dezember 2001 ihre Arbeit auf. Obgleich diese Regierung nach der *loya jirga* (Großen Ratsversammlung), die vom 11. bis 19. Juni 2002 in Kabul stattfand, noch verschiedene Ministerwechsel erlebte, kann ihr eine gewisse Kontinuität bescheinigt werden. Die Tatsache, daß die Regierung ohne größere Krisen und Rücktritte nach wie vor amtiert, kann als Erfolg gewertet werden. Wie gefährlich es jedoch ist, Minister in der Regierung zu sein, verdeutlichen die Beispiele Abdur Rahman (Minister für Luftfahrt) und Haji Qadir (Innenminister), die am 14. Februar 2002 und am 6. Juli 2002 unter bislang ungeklärten Umständen ermordet wurden.

Auch lassen sich innerhalb des Kabinetts verschiedene politische Interessengruppen ausmachen, die eigene Ziele verfolgen und immer wieder in Konflikt zueinander geraten. Eine bedeutende Gruppierung innerhalb der Regierung sind die im westlichen Ausland geschulten Exilafghanen. Unter diesen sind vor allem die *Beirut Boys* hervorzuheben, die an der amerikanischen Universität in Beirut studiert haben und später in den USA lebten. Zu diesen zählen etwa Präsident Hamid Karzai, Finanzminister Ashraf Ghani, der Direktor der Zentralbank, Anwar-al Haq Ahady, und der Präsident der Universität Kabul, Akbar Popal. Die Exilafghanen stellen die treibende Kraft im Wiederaufbau des Landes dar. Jedoch ist ihr Spielraum stark eingeschränkt, da sie von der einheimischen Bevölkerung als „Ausländer“ angesehen werden, die die afghanischen Verhältnisse verkennen. Zudem besitzen sie keine eigene Machtbasis im Land. So verfügt Karzai, der in den internationalen Medien immer wieder als Repräsentant der Paschtunen tituliert wird, kaum über Rückhalt unter der paschtunischen Machtelite. Diese wirft

ihm vor allem vor, allein die amerikanischen Interessen zu vertreten und die Führungspersönlichkeiten aus Süd- und Ostafghanistan in die Regierungsaufgaben nicht genügend einzubinden.

Die dominanteste Gruppierung innerhalb der Regierung sind die sogenannten *Panjschiris*, benannt nach der gleichnamigen Talschaft nördlich Kabuls. Bei diesen handelt es sich um die einflußreichen Führer aus dem Dunstkreis des mächtigen *Warlord* der Nordallianz, Ahmed Shah Masud, der am 9. November 2001, also zwei Tage vor den Terroranschlägen auf das *World Trade Center*, einem Attentat zum Opfer fiel. Die *Panjschiris* kontrollieren nicht allein Schlüsselministerien wie Verteidigungs- und Außenministerium, sondern besetzen alle relevanten Sicherheitseinheiten (Polizei in Kabul, militärische Führungskräfte) mit ihren Klienten. Innerhalb der *Panjschiris* kristallisierte sich der gegenwärtige Verteidigungsminister Mohammed Fahim als der starke Mann heraus. Fahim war in den 1980er Jahren Verbindungsmann zwischen der kommunistischen Regierung in Kabul und Masud gewesen und übte Anfang der 1990er Jahre in der Regierung der *Mujahedin* das Amt des Geheimdienstchefs aus. Pikant ist, daß er damals die Verhaftung Hamid Karzais, der zu diesem Zeitpunkt Vizeaußenminister war, anordnete. Fahim befehligt die militärischen Einheiten der *Panjschiris* und gilt als der engste Verbündete Rußlands, weshalb er finanzielle wie militärische Unterstützung aus Moskau erhält. Schließlich muß bedacht werden, daß auch andere *Warlords* wie etwa Rashid Dostum oder Ismail Khan Vertreter in der Regierung haben, über die sie versuchen, ihre eigenen Interessen in der Regierung durchzusetzen.

Aufgrund der Einflußnahme dieser Kriegsfürsten kann die Übergangsregierung selbst nicht als Gegengewicht zu den *Warlords* gesehen werden, sondern es werden vielmehr innerhalb der Regierung die Konflikte zwischen den verschiedenen Interessengruppen ausgetragen. So kam es im Juli 2002 zum Eklat zwischen Fahim und Karzai, als Letzterer seine afghanische Leibgarde durch US-Elitesoldaten ersetzte und zudem Fahim aufforderte, *Panjschiris* zugunsten anderer Afghanen aus seinem Ministerium zu entlassen. Dennoch hat sich zwischen Karzai und Fahim

jüngst eine gewisse Arbeitsteilung eingestellt. Karzai benötigt Fahim aufgrund seiner militärischen Stärke; Fahim benötigt Karzai wegen seines internationalen Prestiges. Denn nur solange der im Ausland überaus populäre Karzai im Amt ist, wird die internationale Gemeinschaft Finanzen für den Wiederaufbau Afghanistans zur Verfügung stellen. Auch zeichnet sich seit Januar 2003 ein Entgegenkommen der *Panjschiris* ab. So wurde Tal Mohammad Wardak, der bisherige Innenminister und ein Gefolgsmann der *Panjschiris*, am 28. Januar von Ali Ahmed Jalali, der als amerikafreundlich gilt, ersetzt. Schließlich kündigte Fahim Mitte Februar 2003 an, innerhalb der militärischen Führung Paschtunen und Hazaras verstärkt einzubinden.

Endloser Kampf gegen den Terrorismus

Ein weiterer Konflikt spielt sich zwischen der von den USA geführten *Coalition against Terrorism* (CaT) und den Anhängern von Taliban und *al-Qaida* ab. Hier entwickelte sich eine „Katz und Maus“-Situation: So stießen mehrfach großangelegte Operationen der CaT ins Leere. Die Bombardierung von Tora Bora im Dezember 2001 sowie die *Operation Anaconda* im März 2002 zeitigten ebenfalls kaum Erfolge. Beide Male ging CaT von einer weit größeren Gegnerschaft aus und beide Male blieb die Anzahl der getöteten Widerständler deutlich unter den Erwartungen. Militärische Großoperationen der CaT wie in Kunar, Paktia oder Uruzgan waren noch erfolgloser, da man Anhänger von Taliban und *al-Qaida* erst gar nicht zu Gesicht bekam. Auch gelang es CaT bislang nicht, wichtige Führer wie Osama bin Laden, Mullah Omar oder Mullah Haqqani ausfindig zu machen. Die Taliban und *al-Qaida*, die seit Jahren im Guerillakampf geübt sind, nutzen das unwegsame Terrain gerade im unkontrollierbaren Grenzgebiet zu Pakistan, um sich den Operationen der CaT immer wieder zu entziehen. Auch operieren sie in kleinen militärischen Einheiten, wodurch ihre Ortung erschwert wird. Gerade vor dem Hintergrund des militärischen Engagements in Irak denken die USA mittlerweile offen darüber nach.

militärische Operationen dieser Art ganz einzustellen. Ein weiteres Problem besteht darin, daß die afghanische Bevölkerung die Operationen der CaT zunehmend negativ bewertet. Vor allem die wiederholte Bombardierung ziviler Ziele - wie etwa einer Hochzeitsgesellschaft in Uruzgan am 1. Juli 2002, bei der über 40 Personen ums Leben kamen - trugen zu dieser ablehnenden Haltung bei. Vielfach wurde CaT auch in die Ränkespiele verschiedener *Warlords* verwickelt und bombardiert aufgrund von Fehlinformationen einen persönlichen Feind des Informanten und nicht Stellungen der Taliban.

Jüngst häufen sich zudem Berichte, daß sich Taliban, und *al-Qaida* aus dem pakistanischen Grenzgebiet heraus neu forrieren. In diesem Zusammenhang wird immer wieder Gulbuddin Hekmatyar genannt. Hekmatyar war in den 1980ern einer der führenden Köpfe des Widerstands der *Mujabedin* gegen die kommunistischen Machthaber in Kabul. Er ist der Zögling der pakistanischen Geheimdienste und war in den 80er Jahren bevorzugter Partner der USA. Auch verstand es Hekmatyar als einziger unter den Führern des Widerstands, eine Kaderpartei aufzubauen, die im gesamten Land über militärische Zellen verfügt. Aufgrund seiner Bombardierung Kabuls 1992 bis 1994 ist Hekmatyar unter den Afghanen selbst recht unbeliebt. Auch die Taliban lehnten noch im Herbst 2001 eine Zusammenarbeit mit ihm ab. Hekmatyar hielt sich seit Ende der 90er Jahre im Iran auf, von wo aus er im Frühjahr 2002 nach Afghanistan zurückkehrte. Nach eigenen Angaben bekämpft Hekmatyar die gegenwärtige Regierung und sammelt die versprengten Reste von Taliban und *al-Qaida* um sich. Die militärische Gruppierung, die sich seit Anfang des Jahres nahe der pakistanisch-afghanischen Grenzstadt Spin Boldak immer wieder mit CaT heftige Kämpfe lieferte, wird mit Hekmatyar in Verbindung gebracht. Inwiefern Hekmatyar tatsächlich Kopf einer neuen, geeinten Kraft ist, die gegen die Übergangsregierung mobil macht, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch kaum abschätzen.

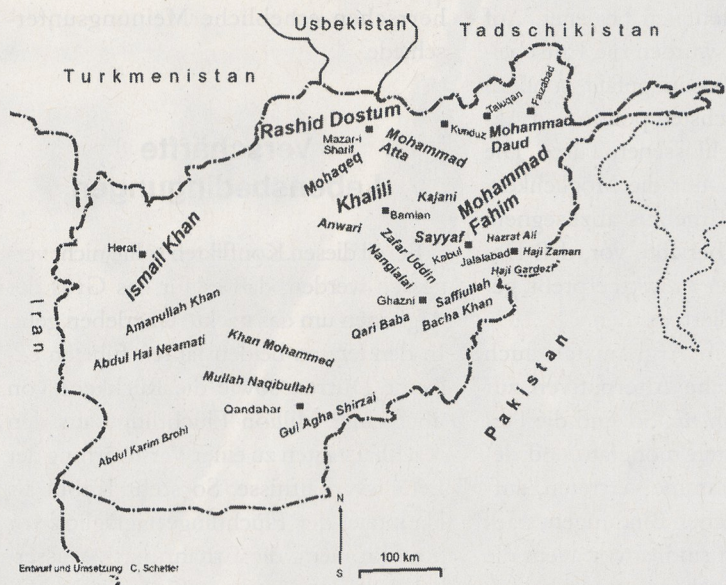
Daß regierungsfeindliche Kräfte nach wie vor eine Bedrohung für die Neuordnung Afghanistans darstellen, wird durch zahlreiche Attentate und Anschläge dokumentiert. So werden im Schnitt täglich

zwei Raketen auf US-Stützpunkte in Afghanistan abgefeuert. Das *Camp Warehouse*, das ISAF-Lager nahe Kabuls, wurde bereits mehrfach beschossen; so auch am 10. Februar 2003 während des Besuchs des deutschen Verteidigungsministers Peter Struck. Auch das Attentat auf Karzai am 5. September 2002 sowie der Sprengstoffanschlag am gleichen Tag im Kabuler Bazar, dem mehr als 30 Menschen zum Opfer fielen, werden den Taliban zugeschrieben. Trauriger Höhepunkt dieser

Grenztruppen Gefechte und am 7. Juli verwüsteten aufgebrachte afghanische Demonstranten die pakistanische Botschaft in Kabul.

Eine weitere Gefahr aus dem islamistischen Lager droht von der Allianz zwischen Rasul Sayyaf und Burhanuddin Rabbani. Beide waren wie Hekmatyar in den 80er Jahren wichtige Führer von *Mujabedin*-Parteien. Rabbani gilt nach wie vor als sehr einflußreich in Nordostafghanistan, während Sayyaf den strategisch wichtigen Ort Paghman im Norden Kabuls kontrolliert. Mit dem Zusammenbruch der Taliban sind viele Anhänger der Taliban wie auch arabische Kämpfer zu Sayyaf übergelaufen. Sayyaf vertrat bereits in der Vergangenheit äußerst radikale islamistische Vorstellungen und war der erste *Mujabedin*-Führer überhaupt, der ara-

bische Freischärler nach Afghanistan holte. Sayyaf wie Rabbani üben auf die Regierung einen großen Einfluß aus. So gilt etwa der oberste Richter Maulawi Fazel Hadi Shinwari, der sich am 21. Januar 2002 für das Verbot von Satellitenfernsehen und von Koedukation stark machte, als ein treuer Gefolgsmann Sayyafs. Wie stark der Einfluß der Islamisten generell ist, wird daran ersichtlich, daß in Kabul und in Herat wieder Sittenpolizisten eingesetzt wurden, die für die Aufrechterhaltung einer islamischen Ordnung Sorge tragen sollen.



Verteilung der regionalen Macht 2001/2002 (Entwurf und Umsetzung: C. Schetter)

Anschlagserie war ein Bombenattentat, bei dem ein Attentäter vier deutsche Soldaten, die sich in einem Bus auf dem Weg von ihrer Kaserne in Kabul zum Flughafen befanden, in den Tod riß. Weitere 29 Soldaten wurden schwer verletzt. Auch verlegten sich diese regierungsfeindlichen Kräfte auf eine neue Strategie: So hält seit Beginn des Jahres die Kette von Überfällen auf Mitarbeiter von NRO und Anschläge auf Büros von Hilfsorganisationen in Süd- und Ostafghanistan an. Das vermutete Ziel hinter diesen Anschlägen ist, das internationale Engagement in Süd- und Ostafghanistan zum Erliegen zu bringen. Da die afghanische Regierung zudem regierungsnahe pakistanische Kräfte hinter den Anschlägen vermutet, kam es in jüngster Zeit zu Verstimmungen zwischen Kabul und Islamabad. Anfang Juli lieferten sich afghanische und pakistanische

Steiniger Weg zur Demokratie

Vor dem Hintergrund, daß gegenwärtig die Macht in Afghanistan in den Hän-

den einer Vielzahl autonomer *Warlords* liegt, steht die Einführung demokratischer Prinzipien vor enormen Schwierigkeiten. Dies verdeutlichte besonders die *loya jirga* im Juni 2002, an der rund 1.600 Repräsentanten der afghanischen Bevölkerung teilnahmen. Bereits bei der Auswahl dieser Volksvertreter wurde ersichtlich, daß nur ein kleiner Teil der Delegierten frei gewählt war und das Gros der Vertreter von den lokalen *Warlords* bestimmt wurde. Auch wurden die Wahlen zur *loya jirga* von Bestechung, Repressionen, Drohungen und sogar Attentaten begleitet. Auf der *loya jirga* selbst wurden die Entscheidungen nicht im Plenum gefällt, sondern von den einflußreichsten politischen Akteuren hinter verschlossenen Türen. Die Delegierten hatten nur die Möglichkeit, das vorgegebene Ergebnis abzusegnen. Auch liegen viele Berichte vor, daß Delegierte während der *loya jirga* erpreßt, gekauft und drangsaliert wurden.

Jedoch gibt es in Afghanistan auch kaum demokratische Alternativen zur Herrschaft der *Warlords*. So sind die Parteien, die am ehesten moderate und demokratische Programme vertreten, aufgrund klientelistischer Bindungen stark fragmentiert. Auch sind es vor allem die Verlierer der politischen Entwicklungen seit dem Sturz der Taliban, die politische Parteien gründen, wie etwa der ehemalige Innenminister und Wortführer der Nordallianz, Yunus Qanuni, oder der bereits erwähnte Islamist und ehemalige Präsident, Burhanuddin Rabbani. Aufgrund des völligen Fehlens von Parteien, die über ein klientelistisches Denken hinausgehen und demokratische Ideen vertreten, sowie angesichts fehlender Sicherheit besteht die Gefahr, daß die freien Wahlen, die das Petersberger Friedensabkommen für Sommer 2004 vorsieht, nicht zu einer Entspannung sondern zu einer Verschärfung der bestehenden Konflikte führen werden. So ist zu befürchten, daß Parteien, die mit extremen ethno-nationalistischen oder islamistischen Programmen antreten, oder gerade die mächtigen *Warlords* als Gewinner aus den Wahlen hervorgehen, da es diejenigen sind, die über die besten Netzwerke, finanziellen Ressourcen und umfangreichsten Klientelssysteme verfügen. Mittlerweile halten sogar innerhalb der Vereinten Nationen die größten Verfechter der Wahlen die Ein-

haltung des Termins für problematisch, auch wenn offizielle Verlautbarungen immer wieder die Einhaltung des Petersberger Fahrplans beschwören.

Für zusätzlichen Zündstoff in Afghanistan dürfte auch der Entwurf einer neuen Verfassung sorgen, der im Frühjahr von der entsprechenden Kommission vorgelegt wurde und gegenwärtig mit Vertretern der Provinzen diskutiert wird. Denn über die Bedeutung des Islam, die nationale Ausrichtung des Landes, den Staatsaufbau und die Verteilung der Macht herrschen erhebliche Meinungsunterschiede.

Verschärfte Lebensbedingungen

Bei all diesen Konflikten sollte nicht vergessen werden, daß es für das Gros der Afghanen um das nackte Überleben geht. In den letzten beiden Jahren führten extreme Dürren sowie die Rückkehr von über einer Million Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten zu einer Verschärfung der Lebensverhältnisse. So steht Kabul als Hauptziel der Flüchtlinge tagtäglich vor dem Problem, die Ernährungs-, Wasser- und Energieversorgung für fast zwei Millionen Menschen zu gewährleisten. Daß diese prekäre ökonomische Situation eine brisante Gefahr für den Wiederaufbau des Landes darstellt, wurde am 11. November 2002 deutlich, als Studentendemonstrationen, die die miserablen Lebensbedingungen in den Wohnheimen anprangerten, in gewaltsame Kämpfe mit der Kabuler Polizei eskalierten und vier Todesopfer forderten.

Inwiefern die Wiederaufbaumaßnahmen, die seit Winter 2001/2002 in Angriff genommen werden, zu einer Linderung der unzureichenden sozioökonomischen Bedingungen führen, ist umstritten. Einerseits läßt sich konstatieren, daß die internationale Gemeinschaft im Rahmen der Tokio-Konferenz am 21. Januar 2002 4,5 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau Afghanistans zur Verfügung stellen. Um diesen Wiederaufbau voranzubringen, strömten in den letzten Monaten weit über 1.000 NRO nach Afghanistan. Ein wesentliches Problem des Wiederaufbaus, das sich gerade in den ersten Monaten herauskristallisierte, besteht in

der fehlenden Koordination der Aktivitäten. Besonders die Aufteilung in Sektoren - so hat Deutschland die Bereiche Wasser, Energie und Wirtschaftsförderung übernommen - hat zur Folge, daß viele Projekte kaum dem komplexen Geflecht aus Unterentwicklung, Gewaltwirtschaft und Klientelismus gerecht werden können. Problematisch ist zudem, daß sich viele Hilfsorganisationen im sicheren Kabul konzentrieren und nur wenige in die Provinzen gehen. Dies bedingt eine Verschärfung der ohnehin schon bestehenden sozioökonomischen Disparitäten zwischen Hauptstadt und Provinz. Die Hilfsorganisationen, die in die ländlichen Gebiete gehen, stehen hier vor dem Problem, daß die Kriegsfürsten die Bedingungen diktieren, unter denen die NRO ihre Arbeit aufnehmen. Hierdurch wird letztlich die Position der *Warlords* gestärkt.

Ausblick

In Afghanistan hat sich eine Instabilität auf hohem Niveau etabliert. Die Ereignisse der letzten Monate zeigten zudem, daß viele Vorstellungen, wie in Afghanistan Frieden erreicht werden kann, naiv waren. So sind es nicht nur einige wenige *Warlords*, die für die herrschende Situation verantwortlich sind, sondern es haben sich in Afghanistan Gewaltstrukturen etabliert, die unabhängig von großen Führungspersönlichkeiten weiterexistieren. Auch die Annahme, daß die Afghanen nun erkennen werden, daß sie vom Frieden mehr profitieren als vom Krieg, hat sich nicht erfüllt. Denn viele der kleinen Bauern und Händler verdienen am Anbau und Handel mit Drogen besser als mit legalen Produkten. Daher läßt die komplexe Konfliktsituation auch kaum Prognosen für die Zukunft des Landes zu. **D**

Zum Autor: Dr. Conrad Schetter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe „Ethnische Konflikte und Staatenbildung“ am Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn